

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Die Krokodilstränen über den Schaden, den der Rechtsextremismus dem deutschen Ansehen und der Wirtschaft im Ausland antut, ist Siegfried Vergin MdB leid: Es geht um unsere Demokratie!

Seite 1

Auf die ökologischen Fehlkonstruktionen in der EG-Agrarpolitik weist Dr. Utael Hartenstein MdB hin.

Seite 2

Die Bundesregierung sollte sich intensiver um den Markt der erneuerbaren Energien kümmern, empfiehlt Horst Kubatschka MdB.

Seite 4

Krampfhaite Profilsuche beim Umgang mit der Promillengrenze wirft Siegfried W. Scheffler MdB der FDP vor.

Seite 5

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat seine Verstrickung in den Zwick/CSU-Skandal eigenhändig dokumentiert, wie Carmen König MdL (Bayern) nachweist.

Seite 5

Umweltpolitik ist kein Reparaturbetrieb, sondern muß Einfluß nehmen auf alle umweltrelevanten Politikfelder, fordert die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 71

14. April 1994

Die falschen Argumente

Es geht nicht ums Ansehen, sondern um die Demokratie

Von Siegfried Vergin MdB
Sprecher der Projekt-Arbeitsgruppe "Bekämpfung von
Rechtsextremismus und Gewalt"

Da ist es wieder: das Argument, Deutschland müsse sich vor Rechtsextremismus schützen, weil sonst die deutsche Wirtschaft darunter zu leiden habe. Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, hat Pressemeldungen zufolge auf die Gefahr hingewiesen, andere Staaten könnten deutsche Waren boykottieren, wenn Rechtsradikale in Deutschland noch stärker würden. Wer die "Republikaner" wähle, so soll Eppelmann gesagt haben, vernichte irgendwo in Deutschland einen Arbeitsplatz.

Ich unterstelle Herrn Eppelmann, daß er der Meinung ist, mit dem Arbeitsplatzargument möglichst viele davon überzeugen zu können, daß es gefährlich ist, dem Rechtsextremismus Raum zu geben. Über das Ziel sind wir also einig.

Dennoch, die Warnungen vor dem Rechtsextremismus dürfen nicht immer noch und immer wieder mit dem drohenden Ansehensverlust im Ausland und dem möglichen Schaden für die deutsche Wirtschaft begründet werden.

Der Rechtsextremismus in diesem Land, die Gewalttätigkeiten gegen Ausländerinnen und Ausländer, gegen Behinderte, gegen jüdische Einrichtungen, die unerträgliche Hetze von Franz Schönhuber und seinen Gesinnungsfreunden sind eine Schande für unser Land. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist notwendig, weil es selbstverständlich sein muß, die Opfer zu schützen. Der Kampf gegen Rechtsextreme ist notwendig, weil die Erhaltung der Menschenwürde und der Menschenrechte eine Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens ist. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist notwendig, um unsere Demokratie zu erhalten.

(-/14. April 1994/hgs/ks)



EU-Agrarreform ist reformbedürftig
Umweltgutachten 94 entlarvt ökologische Fehlkonstruktion

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses des Deutschen Bundestages

Das Umweltgutachten bringt es an den Tag: die Folgen der Agrarreform 92 sind auf weite Strecken das Gegenteil von dem, was die EG-Agrarminister behaupten: sie wirken nicht umweltfreundlich, sondern unterm Strich umweltfeindlich und, infolge der erwarteten Konzentrationsprozesse, auch nicht bauernfreundlich, sondern bauernfeindlich, d.h. für viele bäuerlichen Betriebe existenzvernichtend.

Der Verdrängungswettbewerb - von Agrartechnokraten "Strukturwandel" genannt - hält an; intensivbewirtschaftung wird belohnt. Große Agrarbetriebe mit viel Fläche haben die Möglichkeit, trotz der 15%-Stillelegungsverpflichtung auf den verbliebenen Flächen noch intensiver zu wirtschaften und höhere Erträge herauszuholen. Selbstredend mit entsprechend höherem Düngemittel- und Pestizideinsatz. Die Ausgleichszahlungen sind nicht von der Art der Bewirtschaftung abhängig. Hinzu kommt die Möglichkeit, stillgelegte Brachflächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe zu nutzen, ohne die Prämie zu verlieren. All dies lohnt sich nur für Großbetriebe. Sie kassieren gleich dreimal:

1. die Stillelegungsprämie von 750 DM/ha
2. die Ausgleichszahlungen für Preissenkung
3. die Erlöse für die auf "stillgelegten" Flächen angebauten nachwachsenden Rohstoffe.

Mittlere Betriebe und erst recht Kleinerzeuger, die von der Flächenstilllegung befreit sind, können diese "Angebote" der Reform gar nicht oder nur in geringem Maße nutzen. Alte Strukturen werden damit festgeklopft, alte Ungerechtigkeiten belohnt.

Im einzelnen kritisiert der Sachverständigenrat:

- * eine "Aufspaltung der Kulturlandschaft" in Produktionsflächen mit intensiver Nutzung und Brachflächen ohne jegliche Nutzung. Beides führe zu einem weiteren Verlust der biologischen Vielfalt. Für die peripheren Räume befürchtet der Rat eine nahezu völlige Aufgabe der Landwirtschaft und damit den "Verlust der sozialen und kulturellen Identität".
- * Transferzahlungen sollen künftig nicht mehr als Kompensation für überflüssig gewordene Produktionsleistungen erfolgen, vielmehr sollten sie prinzipiell als Entgelt für ökologische Leistungen ausgestaltet werden. Nur dann seien "volkswirtschaftliche Effizienzgewinne" zu erwarten.
- * Auch bei Flächenstilllegungen müßte nach Auffassung des Rates die Flächenauswahl grundsätzlich nach ökologischen Kriterien erfolgen; dabei seien langfristige Stilllegungsprogramme zu bevorzugen, außerdem sollten bei Stilllegungsentscheidungen die Möglichkeiten zur Biotopvernetzung genutzt werden.
- * Die Förderung nachwachsender Rohstoffe wird vom Sachverständigenrat für Umweltfragen nur bedingt empfohlen, weil bis heute die ökologischen Wirkungen großflächiger Anbaustrategien nicht genügend geklärt seien.
- * Eine Extensivierung der Bewirtschaftung wird von den Sachverständigen als generell anzustrebendes Ziel bezeichnet, das anstelle der konjunkturell bedingten Flächenstilllegungen treten sollte. Geeignete Instrumente zur Erreichung extensiver Bewirtschaftungsmethoden seien Abgaben auf umweltschädliche Betriebsmittel, d.h. auf Mineraldünger und Pestizide.
- * Die flankierenden Maßnahmen im Reformpaket werden zwar positiv beurteilt, soweit sie umweltgerechte Produktionen fördern, aber ihre Gewichtung und finanzielle Ausstattung sei im Rahmen des Gesamtinstrumentariums viel zu gering.

- * Besonders kritisch sehen die Experten die Förderung der Erst-aufforstung. Obwohl in waldarmen Regionen eine Aufforstung grundsätzlich zu befürworten ist, darf sie doch nicht ohne regionale Gesamtkonzeption erfolgen. Außerdem müssen stand-ort- und naturgerechte Bewaldungsformen gewählt werden. Wie wichtig die Beachtung dieser Kriterien ist, zeigt sich bereits in den südlichen EG-Ländern, wo Konzerne sich daran machen, riesige Flächen mit EG-Geldern aufzuforsten, ohne daß regionale Konzepte vorliegen oder stand-ortgerechte Kriterien beachtet würden.

Der Sachverständigenrat begnügt sich nicht mit dem Aufzeigen von Kritikpunkten, sondern formuliert zugleich Anforderungen für eine neue Weichenstellung in Richtung umweltverträgliche Landwirtschaft.

Zu diesen Forderungen gehören:

- eine grundlegende ökologische Neuorientierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und eine Neugestaltung der Fördergrundsätze, wobei auch eine engere Beteiligung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung bei der Programmgestaltung vorzusehen sei.
- eine gezielte Förderung des ökologischen Landbaus, der Vorbild für eine dauerhafte und umweltgerechte Landbewirtschaftung sein könne. Diese sollte auf nationaler Ebene erfolgen. Wichtigster konkreter Punkt ist die Verbesserung der Vermarktungsbedingungen für ökologisch erzeugte Produkte.

Eine ganz zentrale Weichenstellung für die Zukunft enthält der Satz: "Der Ort für Entscheidungen über die Art der Landnutzung und damit auch über die Rolle und den Umfang der Landwirtschaft sollte die regionale Ebene sein." Dies ist eine klare Absage an die zentralistischen Entscheidungsstrukturen der bisherigen EG-Agrarpolitik. Wer einer weiteren Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und damit einer weiteren Ausräumung von Landschaften und Zerstörung noch bestehender regionaler Strukturen entgegenwirken will, muß die Entscheidungsvorgänge und auch die Fördermittel an die europäischen Regionen geben. Der Rat plädiert ebenso für eine schrittweise Umwandlung des Ausrichtungs- und Garantiefonds zur Förderung einer dauerhaften und umweltgerechten Landnutzung. Völlig zu Recht! Denn heute bewirkt die Art und Weise des Mitteleinsatzes nicht selten genau das Gegenteil: in Südportugal wird der Maisanbau bezuschußt, was ohne künstliche Bewässerung und große Mengen von Düngemitteln nicht funktionieren kann; in der spanischen Extremadura werden Olivenhaine und andere alte Forstpflanzungen abgeholzt, um Eukalyptusplantagen Platz zu machen; in Griechenland werden Schweinemästereien bezuschußt, ohne daß die ökologischen Folgeprobleme, z.B. bei der Gülleverwertung, geköst sind.

Die EG-Agrarpolitik steckt immer noch tief in der Sackgasse. Reformunfähigkeit ist der Bankrott der Politik. Die wirkliche Agrarreform steht noch aus. Sie muß endlich die Wende zu einer extensiven, flächendeckenden, umweltgerechten Landwirtschaft bringen, die die Bauern für ihre Doppelaufgabe gerecht entlohnt: für die Ernährungssicherung und die Pflege der Kulturlandschaft.

Europas Bauern werden dringend gebraucht, und zwar in allen Regionen. Der Umbau von der konventionellen zu einer alternativen Landwirtschaft würde letztlich nicht teurer, sondern für alle billiger werden. Wichtige Vorteile wären

- Abbau der Überschüsse durch angepaßte Erzeugungsmethoden
- direkte Grundversorgung der Bevölkerung mit frischen, naturbelassenen Lebensmitteln
- artgerechte Tierhaltung
- kurze Transportwege und damit Energieersparnis
- Schonung der Böden und Verminderung der Grundwassergefährdung durch Nährstoff- und Pestizideinträge

- Erhaltung der Kulturlandschaft
- Erhaltung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum
- Bewahrung gewachsener Strukturen in einem Europa der Regionen
- Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen, ohne totale Abhängigkeit von staatlichen Transfers.

Der Verbraucher wird eher bereit sein, für frische, gesunde Nahrungsmittel einen höheren Preis zu bezahlen als weiter die Kosten für die Umweltschäden einer auf Irwege geratenen Agrarindustrie aufzubringen.

(-/14. April 1994/hgs/ks)

Wie Bonn mit dem Standort Deutschland umgeht **Der zukunftsträchtige Markt "erneuerbare Energien" wird verschlumpft**

Von Horst Kubatschka MdB

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Zukunft der Solarwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland" ist ein Armutszeugnis und zeigt deutlich, daß es am politischen Willen fehlt, die Solarwirtschaft ausreichend zu fördern. Die erneuerbaren Energien haben daher immer noch einen Anteil von nur zwei Prozent am deutschen Primärenergieverbrauch und es ist zu befürchten, daß sich daran in absehbarer Zeit auch nichts ändern wird.

Zwar erkennt die Bundesregierung die langfristigen Zukunftschancen der Photovoltaik an und hält auch zum Beispiel solare Nahwärmekonzepte für langfristig wirtschaftlich, aber eine konsequente Unterstützung dieser Technologien leitet die Bundesregierung daraus nicht ab. Weder werden die ohnehin geringen Finanzmittel für erneuerbare Energien aufgestockt, noch werden die Rahmenbedingungen für den Einsatz regenerativer Energien verbessert. Nicht einmal an dem japanischen Programm zur Förderung der Photovoltaik nimmt sich die Bundesregierung ein Beispiel. Dieses beinhaltet neben einem Markteinführungsprogramm auch Steuervergünstigungen für Investitionen oder laufende Kosten. Die erfolgreichen Initiativen von Schweden, Dänemark und der Schweiz verfolgt die Bundesregierung nach eigenen Aussagen mit Interesse beziehungsweise findet die Förderkonzepte anregend. Der Bundesregierung müßte eigentlich wissen, daß die weltweit in der Spitze liegenden deutschen Anbieter in den Bereichen Photovoltaik, Solarthermie und Solarkraftwerken, Gefahr laufen, den Markt an japanische und amerikanische Unternehmen zu verlieren und daß die Zeit zum Handeln gekommen ist. Die Unternehmen der Photovoltaik-Industrie arbeiten mit Verlusten und es findet gegenwärtig in Deutschland ein Konzentrationsprozeß bei Material- und Anlagenproduzenten statt, der Kapazitätsveränderungen bei vorhandenen Firmen, Auslandsverlagerungen und Neugründungen einschließt.

Doch die einzigen "Aktivitäten" der Bundesregierung bestehen darin, zu prüfen, ob sie sich an den Photovoltaik-Programmen der Europäischen Union beteiligen wird. Weiterhin wird sie ein Strategiepapier, das auf Initiative der deutschen Photovoltaik-Industrie erstellt wurde, mit allen Beteiligten erörtern und einen Gedankenaustausch auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung und Nutzung der Solarenergie im Gebäudebereich mit dem schwedischen Bauforschungsrat führen. Demnächst soll sogar ein Gesprächskreis mit den betroffenen Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen über weitere Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien gebildet werden.

Es wird so lange "geprüft" und die ausländischen Aktivitäten "mit Interesse verfolgt", bis dieser zukunftsträchtige Markt für Deutschland verloren ist. So werden die Arbeitsplätze der Zukunft aufs Spiel gesetzt. Hier zeigt die Bundesregierung wieder einmal deutlich, wie ernst sie es mit dem Standort Deutschland meint.

Aus Analysen verschiedener Forschungsinstitute ergibt sich, daß erneuerbare Energien in zwanzig bis dreißig Jahren mit fossilen Brennstoffen im Preis konkurrieren können. Gefordert ist daher entschlossenes Handeln zur Förderung der Solarwirtschaft - wie es andere Staaten bereits praktizieren.

(-/14. April 1994/hgs/ks)

Krampfhaftes Profilsuche

FDP und ADAC bei der Promillegrenze gegen den Rest der Welt

Von Siegfried W. Scheffler MdB

Stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wieder einmal versucht sich die FDP gegen den Rest des Bundestages und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchzusetzen.

Seit Juli 1991 liegt dem Deutschen Bundestag ein SPD-Antrag zur Senkung der Promillegrenze von 0,8 auf 0,5 vor.

In einer Expertenanhörung vor dem Rechts- und Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages im letzten Jahr sprachen sich bis auf den ADAC alle Experten für diese Senkung aus, die ebenfalls Inhalt eines Bundesratsantrages ist.

Diese Gründe, verbunden mit der steigenden Zahl von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluß in den neuen Bundesländern - durchschnittlich plus 11,7 Prozent seit der Einführung der 0,8 Promillegrenze - sollten es außer Frage stellen, so schnell wie möglich die Senkung zu beschließen.

Aber der um die Fünf-Prozent-Hürde kämpfenden FDP scheint kein Thema zu abwegig, um sich von den anderen Parteien abzusetzen und "Profil" zu zeigen - auch wenn dieses Profil zu mehr Verletzten und Verkehrstoten führen wird.

Ich bin davon überzeugt, daß die Wählerinnen und Wähler diese Taktik durchschauen werden und es dann zumindest nach der Bundestagswahl bei einer SPD-geführten Regierung die längst überfällige Senkung der Alkoholgegenze im Straßenverkehr geben wird.

(-/14. April 1994/hgs/ks)

Die Überführung des Edmund Stoiber

Stoiber tiefer in Zwick-Affäre verstrickt als bisher zugegeben

Von Carmen König MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Zwick-Tandler-Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag

Nach der jüngsten Veröffentlichung der Süddeutschen Zeitung hatte der bayerische Ministerpräsident Stoiber neuerlich eingeräumt, daß er zumindest den Vermerk vom 22. Oktober 1987, den der Ministerialrat Mittendorfer für den damaligen Ministerpräsidenten Strauß anfertigte, kannte und abgezeichnet hatte.

Der Inhalt dieses Vermerks stellt eine Kurzfassung des gesamten Steuervorganges dar. Darüber hinaus enthält er folgende brisante Passagen: "Weitere strafrechtliche Ermittlungsverfahren sind nach Mitteilung des JM (gemeint ist das Justizministerium) gegen die Dres. Zwick in Bayern nicht anhängig. MDgt. Held machte jedoch telefonisch darauf aufmerksam,

daß möglicherweise in Frankfurt noch wegen des Verkaufs des Flugzeugs ermittelt wird und dort ein Haltbefehl gegen Dr. Eduard Zwick bestehen oder drohen könnte. Darauf sollte Dr. Zwick jun. mündlich hingewiesen werden. Seine Anwälte könnten dann, wenn ihnen ein Verfahren nicht bekannt ist, entsprechende Erkundigungen einholen. Gegebenenfalls sollten sie unter Vorlage der nunmehrigen Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Landshut auch in Frankfurt eine Einstellung wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit von Dr. Eduard Zwick erwirken.....Meint Dr. Zwick jr. er könnte aufgrund des Gutachtens von Professor Dr. List noch eine Einstellung wegen fehlenden Tatverdachts....erreichen, so sollte die Durchsetzung dieses Anliegens....Ihm und seinen Anwälten überlassen bleiben."

Auf diesem Vermerk hatte Ministerpräsident Strauß handschriftlich vermerkt: "Dr. Zwick jr. zum Gespräch einladen."

Dies ist die Vorlage für eine Rechtsberatung durch die Staatskanzlei, wie sie keiner staatlichen Behörde zusteht. Spätestens nach Lektüre dieses Vermerks, hätten bei Harm Stoiber, der diesen Vermerk abgezeichnet hat, sämtliche Alarmglocken klingen müssen. Herr Stoiber als Leiter der Staatskanzlei und nicht etwa als persönlicher Referent des CSU-Vorsitzenden Strauß hätte dieses eindeutig rechtsstaatswidrige Verhalten nicht schweigend hinnehmen dürfen, sondern unterbinden müssen.

Durch sein Abzeichnen hat er den Vermerk gebilligt und kann heute nicht mehr behaupten, er sei mit diesem Vorgang nie befaßt gewesen.

(-/14. April 1994/hgs/ks)

Umweltpolitik ist kein Reparaturbetrieb

Der Diskussionsentwurf des SPD-Regierungsprogramm zielt auf die ökologische Wende

Von Monika Griefahn

Umweltpolitische Sprecherin der SPD/Umweltministerin von Niedersachsen

Die SPD will die ökologische Wende: Vor allem in der Wirtschafts-, Energie- und Abfallpolitik müssen die Weichen neu gestellt werden. Darauf zielt der Entwurf für unser Regierungsprogramm. Die Befürchtungen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), die Partei wolle sich von einem offensiven umweltpolitischen Kurs verabschieden, sind unbegründet: Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Stellenwert der Umweltpolitik und die Durchsetzung ökologischer Standards verbessern. Umweltpolitik darf nicht länger bloßer Reparaturbetrieb sein, sondern muß als Querschnittsfunktion Einfluß nehmen auf alle umweltrelevanten Politikfelder wie Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Forschungs- und Entwicklungshilfepolitik.

Notwendig ist vor allem auch die nachhaltige Neuorientierung der Wirtschaft. Wir brauchen Produkte, die mit energie- und rohstoffschonenden Verfahren hergestellt werden, langlebig, reparaturfreundlich, leicht demontierbar und wiederverwendbar sind. Mit solchen Produkten und Verfahren läßt sich der Standort Deutschland dauerhaft sichern. Ein "Forum Zukunftsfähiger Produkte", in dem Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft gemeinsam die Rahmenbedingungen erarbeiten, soll den Wandel vorantreiben. Außerdem will die SPD ein "Forschungsinstitut für angewandte Produkte" errichten und Forschungsgelder gezielt für entsprechende Entwicklungen einsetzen. Mit einem Energieeinsparungsprogramm und einer ökologischen Steuerreform, die Energie und Rohstoffe teurer und Arbeit billiger macht, wird eine SPD-Regierung die Umsteuerung unterstützen. Gleichzeitig wird sie die Abfallpolitik verändern und das Duale System gründlich reformieren.

(-/14. April 1994/hgs/ks)
